

Franz-Ulrich Willeke (Hg.):
 Die Zukunft der D-Mark.
 Eine Streitschrift zur
 Europäischen Währungsunion,
 Olzog Verlag München und
 Landsberg am Lech 1997,
 248 S. (19,80 DM)

Egal, welche Zeitung man aufschlägt oder welchen Sender man einschaltet, daß in der Europäischen Union 1999 eine gemeinsame Währung eingeführt wird, wird nirgends mehr ernsthaft in Frage gestellt. Obwohl die Entscheidung darüber noch aussteht und die Erfüllung einiger Konvergenzkriterien eher zweifelhaft ist, gilt es als ausgemacht, daß der Euro kommt und die D-Mark, der Franc, die Peseta usw. von der Bühne abtreten werden. Bis vor kurzem dominierten noch Euro-Skeptiker und Euro-Gegner die Diskussion in Deutschland. Inzwischen aber hat sich das Blatt gewendet. Den Ton geben jetzt ganz klar, angeführt von der Bundesregierung, die Euro-Befürworter an, während die Kritiker in die Defensive geraten sind. Und auch die öffentliche Meinung scheint, unterstützt von den Medien, langsam aber sicher in die politisch gewollte Richtung umzuschlagen. Um so mehr ist es zu loben, daß sich immer noch Autoren zu Wort melden, die gegen die Abschaffung der D-Mark und die Einführung des Euro als europäische Gemeinschaftswährung Front machen und dies auch zu begründen verstehen.

Nach dem mutigen Vorstoß der Wirtschaftswissenschaftlerin Renate Ohr im Jahre 1993 reißt die Kette kritischer Beiträge zum Vorhaben der Währungsunion nicht ab, auch wenn die Popularität dieser Meinungsäußerungen immer geringer wird. Besonders auffällig und, so meine ich, auch bedenkenswert ist, daß es vor allem kompetente und fachlich ausgewiesene Wirtschaftswissenschaftler sind, die sich gegen die geplante Währungsunion aussprechen, während Politiker, Unternehmervertreter, Banker u.a. immer weniger Zweifel am Erfolg derselben hegen. Der vorliegende Sammelband, verfaßt von den Professoren Franz-Ulrich Willeke, Stefan Homburg, Bernd-Thomas Ramb, Norbert Berthold und

Christian Watrin, ist allerdings geeignet, Zweifel zu nähren bzw., wo diese ohne genügende argumentative Basis bereits existieren, eine solche zu liefern.

Die Grundposition der Autoren besteht in der Ansicht, daß »die Nachteile der Währungsunion größer sind als die Vorteile« und das Ganze daher nicht zu befürworten, sondern »abzulehnen« (S. 9) sei.

Statt dessen empfehlen sie als »ausbaufähige Alternative« ein an die vorhandenen Strukturen europäischer Zentralbanken anknüpfendes »Wettbewerbsmodell« (S. 39). Schon hieran wird deutlich, daß die Autoren sehr marktbezogen an das Problem herangehen und an der geplanten Währungsunion vor allem die ihr zugrunde liegende »monopolistische Geldverfassung« kritisieren: Die im Maastrichter Vertrag vorgesehene geld- und finanzpolitische Ordnung garantiere keine Geldwertstabilität. Alle Beteuerungen deutscher Politiker, wonach der Euro so stabil sein wird wie die D-Mark, sind »nicht haltbar« (S. 63). Eine Analyse des bisherigen Erfüllungsstandes der Konvergenzkriterien zeigt, daß es bereits jetzt »fest steht, daß die Währungsunion 1999 nicht als Stabilitätsgemeinschaft beginnen kann« (S. 79). Die von der Bundesregierung propagierte These vom Hineinwachsen in eine »Stabilitätsgemeinschaft« werde sich als ein »fundamentaler Irrtum« (S. 80) erweisen. Die monopolistische Konstruktion der Europäischen Zentralbank und der Währungsunion können die Stabilität der Währung nicht sichern. Eher weisen sie in Richtung einer unvermeidlichen »Inflations- und Verschuldungsgemeinschaft« (S. 107). Die Verfasser der Streitschrift fürchten einen »inflationistischen Schub« (S. 84) nach 1999. Ihre Argumentation dazu folgt, wie nicht anders zu erwarten, ausschließlich der neomonetaristischen Wirtschaftstheorie. Dies hat zur Konsequenz, daß sich das Problem letztlich auf eine rein quantitative Fragestellung, auf die Bestimmung der »richtigen« Geldmenge, reduziert. Wie die Ausführungen weiter unten zeigen – wo festgestellt wird, daß in Europa seit dem Ersten Weltkrieg »kein Beispiel mit langfristig stabilem Geldwert zu verzeichnen ist« (S. 174) –, greift diese Argumentation aber zu kurz. Offensichtlich gibt es tiefer liegende Inflationsursachen und nachhaltige Interessen

an einer permanenten Geldentwertung, die hier aber nicht thematisiert werden.

Ein gewichtiger Diskussionspunkt der geplanten Währungsunion stellt ihre Auswirkung auf die Finanzpolitik dar: Auf dem Gebiet der Geldpolitik verlieren die Teilnehmerländer an der Währungsunion ab 1999 ihre nationale Autonomie. Ihre Zentralbanken werden quasi zu Filialen der Europäischen Zentralbank und haben keinen Einfluß mehr auf Geldmenge, Zinsen und Wechselkurse. »Ganz anders verhält es sich mit der Finanzpolitik, die überwiegend in nationaler Zuständigkeit bleiben soll« (S. 93). Ausgehend von der Lehrbuch-Ökonomie und Verwaltungspraxis scheint dies kein Problem zu sein, da Geldpolitik und Finanzpolitik verschiedenen Ressorts zuzurechnen sind. In der Praxis jedoch verhält sich dies ganz anders: Die Finanzpolitik setzt für die Geldpolitik wichtige Rahmenbedingungen und die Geldpolitik beeinflusst direkt und indirekt die Finanzpolitik. Letztlich, so Stefan Homburg, sind die »finanzpolitischen Konsequenzen« der Währungsunion sogar noch viel »wichtiger als die geldpolitischen«. Daß hier etwas nicht aufgeht, wenn die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank obliegt und mithin für alle Mitgliedsländer einheitlich erfolgt, die Finanzpolitik aber entsprechend den nationalen Gegebenheiten sehr verschieden ausfällt, liegt auf der Hand! Bezieht man die Handlungsmotive der Politiker mit in die Betrachtung ein, so sind die Konsequenzen und damit die Risiken eines solchen Unterfangens geradezu »schockierend« (S. 95). Allein schon eine Zunahme der jährlichen Inflation um zwei Prozentpunkte – von diesem Wert wird im allgemeinen ausgegangen – würde eine Entwertung des Vermögens der deutschen Sparer in Höhe von 100 Mrd. DM jährlich bedeuten (vgl. S. 130).

Hinzu kämen Umverteilungseffekte in Größenordnungen, vor allem zu Lasten der kleinen Sparer, der Bezieher von Transferleistungen wie Sozialhilfe, Kindergeld, Altersrente usw., der Gehalts- und Lohnbezieher etc. (vgl. S. 193). Überzeugend werden die nachteiligen Wirkungen der Währungsunion für die kleinen und mittleren Einkommensbezieher und Vermögensbesitzer aufgezeigt. Wenig jedoch erfährt man über die Nutznießer der Euro-Umstellung, über die Gewinner die-

ses Jahrhundertprojekts, die es trotzdem aber gibt. Wenn die Masse der Bevölkerung (zumindest in Deutschland) zu den Verlierern der Währungsunion zählt, diese aber trotzdem durchgeführt wird, muß es auch Gewinner geben. Wer wird durch die Währungsunion reicher? Wo fallen die großen Gewinne an? – Offensichtlich dort, wo sich die stärksten Befürworter der Währungsunion finden, die »Einpeitscher« und positiven Visionisten, die vom Erfolg des Euro hundertprozentig überzeugt sind. Also die Regierungen, die EU-Bürokratie, die multinationalen Konzerne, die Großbanken usw. Das Buch hätte noch viel an Überzeugungskraft gewonnen, wenn es diese Seite der Währungsunion deutlicher herausgearbeitet hätte. Denn das Resümee: »Die Nachteile der Währungsunion sind größer als die Vorteile« (S. 192) gilt nicht absolut. Für die Macher der Währungsunion gilt die entgegengesetzte Aussage. Warum sollten sie sich sonst so dafür einsetzen!

Keine Zustimmung findet der Vorschlag, die europäische Währungsunion mit einer Sozialunion zu verbinden. Ein solches Anliegen erscheint den Autoren als die »Quadratur des Kreises«, als ein »Sprengsatz für die Währungsunion« (S. 171). Eine Sozialunion würde sich »wie Mehltau auf die sklerotisierten Arbeitsmärkte« (S. 171) legen, die Anpassungskapazität verringern, den Transferbedarf verstärken, die Staatsverschuldung erhöhen und letztlich die Inflation anheizen. Hierin dokumentiert sich die Grundposition der Autoren, die ganz auf marktwirtschaftliche Lösungen abstellt und jeglichen Interventionismus, auch in der Form aktiver Arbeitsmarktpolitik, Anpassungs- und Übergangshilfen etc., strikt ablehnt.

Am Ende des Buches steht ein Kapitel mit dem Titel: »Vom Umgang einer Demokratie mit sich selbst« (S. 191). An Hand der Verfahrensweise, wie die Maastrichter Verträge zustande gekommen sind, diskutiert werden und schließlich durchgesetzt, wird hier mit der »politischen Klasse« der Bundesrepublik und der in diesem Lande praktizierten »Demokratie« abgerechnet. Am schwersten wiegt dabei die Entscheidung, »den Maastrichter Vertrag in Deutschland keiner Volksabstimmung zu unterwerfen«. Was nützt das beste Grundgesetz, wenn, wie im Falle von Maa-

stricht, bei der Entscheidung grundlegender Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung eine »den Bundesbürger ausgrenzende Strategie« (S. 198) zur Anwendung gelangt?

Das Buch stellt insgesamt gesehen eine herbe Kritik an der bundesdeutschen und europäischen Politik der Gegenwart dar, allerdings eine Kritik vom neoliberalen Standpunkt aus mit betont konservativem Grundton.

ULRICH BUSCH

Ehrhart Neubert:
Geschichte der Opposition in der
DDR 1949-1989,
Ch. Links Verlag Berlin 1997,
960 S. (48,00 DM)

Der Religionssoziologe, Mitarbeiter der Gauck-Behörde und ehemalige Vizevorsitzende des »Demokratischen Aufbruch« Ehrhart Neubert ist der Öffentlichkeit vor allem durch seinen Übertritt gemeinsam mit Vera Lengsfeld, Angelika Barbe und anderen zur Kohl-CDU im Dezember 1996 bekannt. Bei verschiedenen Gelegenheiten, so am 17. 6. 1997 während einer Veranstaltung im Willy-Brandt-Haus über das politische Vermächtnis der DDR-Bürgerbewegung, rechtfertigte er den antisozialen Kurs der heute wieder ganz Deutschland beherrschenden Kreise, wofür ihm erfreulich viel Widerspruch zuteil wurde. Seinen Auftritten als strammer Parteigänger der BRD-CDU entgegen weist Neuberts hier abgedruckte, im Wintersemester 1997 angenommene Dissertation die Fähigkeit zu sachlich-wissenschaftlichem Herangehen aus.

Der Verlag bezeichnet die Arbeit als erste Gesamtdarstellung der DDR-Opposition. Dies abschwächend merkt der Verfasser an, er habe von der Fülle des angefallenen Materials nicht alles erfassen können und auch manchen Vorgang weggelassen. (S. 12 und 14) Tatsächlich gelang ihm eine – wie Reinhard Schult es nannte – »immense Fleißarbeit«, die bisher umfassendste Schau auf kritische und oppositionelle Kräfte in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR. Er erfaßte sowohl Aktionen und Vorstellungen von Arbeitern, Bauern und Intellektuellen als auch von Stu-

denten und Schülern, ebenso die wichtigsten Reaktionen und Vorstöße des Regimes, und gibt auch Fälle von Verfolgung prominenter CDU-, LDPD- und SED-Mitglieder wieder. Mit Erfolg ist Neubert gleichzeitig bemüht, die Bezüge zur jeweils aktuell gewesenen Innen- und Außenpolitik herzustellen.

An Kommunisten oder frühere Kommunisten tritt der Autor – Havemann, Biermann und Bahro großenteils ausgenommen – mit Reserve heran. Einstigen Parteiführern wie Herrstadt/Zaisser wirft er vor, um »Macht und Privilegien« bemüht gewesen zu sein; auch Harichs Plattform gegen die Ulbricht-Diktatur habe mit persönlichem Ehrgeiz zu tun gehabt. (S. 33 bzw. 108) In Wahrheit war z. B. das Streben Herrstadts nach Verbundenheit mit der Arbeiterklasse und Wahrnehmung ihrer Interessen keineswegs Privilegienkampf. Zugleich wollen auch diverse ehemalige Bürgerrechtler Karrieren und Machtanteile, wobei sie freilich keine sozialistischen Ziele ansteuern. Kampf für das »Wohl des Volkes« hat stets auch persönliche Motive. Sie sollten berücksichtigt und exakt gewogen, nicht aber gegen die gesellschaftlichen Motive ausgespielt werden

Mit nachfolgender Einschätzung des Verhaltens kommunistischer Prominenter hat Neubert zweifellos Recht: »Gerade indem Herrstadt, und noch mehr Zaisser oder Ackermann, die Einheit der Partei und die Einheit von Volk und Partei beschworen, waren sie zu einem wirklichen politischen Konflikt gar nicht fähig. Während der Auseinandersetzungen im Politbüro und im ZK übten sie immer wieder Selbstkritik, unterzogen sich ernstlichen Prüfungen, widersprachen den absurdesten Vorwürfen nicht oder nur halbherzig, sahen ein, dem Sozialdemokratismus oder anderen Feinden ungewollt nützlich gewesen zu sein und versicherten schließlich Ulbricht immer wieder Treue.« (S. 102) Dasselbe traf auf viele andere, auch nichtprominente Parteimitglieder zu. Stalin hatte die pseudokommunistische Form des Kadavergehorsams nicht erfunden, aber zur Perfektion gebracht. Sie war ein schwerwiegendes Hindernis für Fortschritt durch Kampf der Widersprüche.

Gleichfalls zutreffend ist leider die Anmerkung des Verfassers über die Haltung der mei-

sten DDR-Arbeiter 1989 und ihre Ursache. »Die wachsende Unzufriedenheit«, schrieb er, »führte in den Belegschaften der Betriebe kaum zu einer politischen Artikulation. Dies war der große Unterschied zwischen dem Aufbruch 1989 und dem 17. Juni 1953. Der Hauptgrund war die Aufhebung einer eigenständig-sozialen und politischen Interessenvertretung der Arbeiterschaft durch die SED-abhängige Einheitsgewerkschaft FDGB, das Fehlen unabhängiger Betriebsräte und eine weitgehende Entpolitisierung der Arbeiter. Die Belegschaften konnten daher kaum zur politischen Selbstorganisation gelangen, so daß sich Unzufriedenheit allenfalls passiv durch Demotivation und Verweigerung der Leistungsanforderungen äußern konnte.« (S. 848) Fortdauernde Bevormundung der Arbeiterschaft und das Fehlen von Mitbestimmung trugen zusammen mit materieller Korruption dazu bei, daß der »führenden Klasse« das Schicksal »ihrer« Betriebe und der pseudo-sozialistischen Wirtschaft gleichgültig war und ihre Majorität 1990 Kohl wählte.

Ausführlicher, in manchem Detail für meinen Geschmack zu ausführlich befaßt sich Neubert mit der kirchlich gebundenen und der allmählich die Bindung lösenden Opposition. Was er darüber – vielfach auf Basis bisher unveröffentlichten Materials – mitteilt, kann hier nicht adäquat gewürdigt werden. Doch sei festgestellt, daß alle wesentlichen wie auch weniger wesentliche Gruppen und Vorgänge, desgleichen die von Kreisen der Evangelischen Kirche ausgehende fördernde oder bremsende Wirkung berücksichtigt sind. Nach vorn drängende Kirchenmänner, so Heino Falcke, Edelbert Richter und Gottfried Forck, kommen ebenso zu Wort wie dem Staat ergebene Loyalisten, so Hanfried Müller und Bischof Gienke. Zu Letztgenannten gehört nach Neuberts Meinung auch Manfred Stolpe. Daß er diesen häufig zögernden, die Für und Wider sorgsam abwägenden Kirchen-diplomaten quasi den »Bösen« zurechnet, hat sicher auch mit Stolpes heutiger Stellung als hochgestellter SPD-Politiker zu tun. Zugleich dürfte eigene CDU-Zugehörigkeit den Autor bewogen haben, über Pfarrer Ebeling und den Kirchenjuristen Heitmann, die beide bis kurz vor Toresschluß den Bürgerrechtlern wacker widerstanden, Stillschweigen zu bewahren.

Die politischen Aktivitäten und Vorstellungen der DDR-Opposition, bis hin zu solchen der Linken und Ultralinken, werden in dem Buch hinreichend wiedergegeben. Festzuhalten ist, daß die Opponenten der Partei- und Staatsführung und auch uns gegenüber, die diese Führung unterstützten, in wichtigen Punkten Recht hatten. So darin, daß nicht nur eine Supermacht auf atomare Massenvernichtungsmittel verzichten mußte, die DDR nicht militarisiert und der Pazifismus nicht als Feind bekämpft werden durfte; daß die nach außen bezeugte Friedfertigkeit dieses Staates durch Demokratisierung im Innern ergänzt und jeder Bürger befähigt werden mußte, sich gegen bürokratische Übergriffe zu wehren; daß produktiver Streit zwischen den Parteien und Organisationen, die Zulassung neuer Organisationen und Medienfreiheit dringend vonnöten waren; daß die Wirtschaft unter Mitbestimmung der Werktätigen entbürokratisiert, die Staatsbetriebe vergesellschaftet werden mußten; daß die Staatsgrenze für den normalen Reiseverkehr wie auch für Ausreisende zu öffnen war. Pflicht der Sozialisten wäre es gewesen, ebenfalls für diese Forderungen zu streiten. Dazu hätte sie die Furcht vor Nackenschlägen »von oben« und jenen Elitedübeln überwinden müssen, der in dem Dogma kulminierte, nur die eigene Partei wisse das Richtige zu tun – auch wenn sie immer mehr falsch machte.

Am Ende des Buches tritt Neubert massiv als Parteigänger der Kohl-CDU hervor. Dabei bringt er Sätze wie diesen zustande: »Der formale Rückzug der SED aus der früheren Rolle im Staat ermöglichte es der Partei, den Wandel von der SED zur SED-PDS zu inszenieren.« (S. 881) Jeder aufmerksame Zeitgenosse weiß indes, daß der Rückzug alles andere als »formal« war; der Wandel innerhalb der Partei wurde nicht »inszeniert«, sondern unter harten Konflikten mit stalinistischen Praktiken und Strukturen und bei Verlust der weitaus meisten Mitglieder durchgesetzt. Von gleicher Güte wie Neuberts eben zitierte These ist jene, wonach im Aufruf »Für unser Land« vom November 1989 »die Gründungslegende der DDR« erneuert und »das Trauma der unaufgearbeiteten deutschen Schuld« berührt worden sei. (S. 889) Ein Blick in den Aufruf erweist, daß das nicht geschah. Wie-

derholt behauptet der Verfasser, Hinweise auf den damals bevorstehenden »Ausverkauf der DDR« und das Anwachsen des Neonazismus gehörten ins Reich der Legende. (S. 881 und 884) Zum Stichwort »Ausverkauf« zitiert er zustimmend Theologieprofessor Krötke, welcher frohgemut und angriffslustig verkündete, das wären »die alten stalinistischen Propagandatöne«. (S. 890) Acht Jahre nach der »Wende«, nach einer gefährlichen Eskalation der Ausländerverfolgung, Mordanschlägen auf Linke und Polizisten, der brutalen Enteignung von DDR-Bürgern durch die Treuhand dürfte kaum ein Ostdeutscher dem folgen. Allerdings sollte der Begriff »Ausverkauf« durch »Ausverschenken« ersetzt werden, denn was anderes waren die berüchtigten 1-DM-»Verkäufe« bei großzügigen Subventionen für Großunternehmer kaum, wobei sie gleichzeitig zur Explosion der bundesdeutschen Staatsschuld beitrugen.

Neuberts umfangreiche, in acht Abteilungen und 106 Kapitel gegliederte Schrift ist ungeachtet notwendiger Kritik empfehlenswert. Sie stellt eine Fundgrube an Details über bekannte und weithin unbekanntere Vorgänge dar. Wer weiter über die Geschichte der Opposition in der DDR arbeiten will, wird an der vorliegenden Arbeit nicht vorbei können.

MANFRED BEHREND

Widerspruch 32:
Streit um Geschichte, Antisemitismus, Rassismus, Zürich Dezember 1996, 196 S. (20,00 DM)

Die halbjährlich erscheinende Züricher Zeitschrift besticht durch gut recherchierte Beiträge zu jeweils einem Thema aus Wissenschaft und Kultur, Politik, Ökologie oder Frauenbewegung. Die Zeitschrift mit dem Untertitel »Beiträge zur sozialistischen Politik« paßt so recht in kein Schema, sie läßt linke Intellektuelle aller Schattierungen zu Worte kommen. Im Inhaltsverzeichnis tauchen auch aus anderen Zeitungen und Zeitschriften bekannte Namen auf, so Lothar Baier, Hannes Hofbauer, Moshe Zimmermann...

»Die seit dem Historikerstreit 1986 von

neokonservativen Geschichtswissenschaftlern eingeleitete Historisierung des Nationalsozialismus hat der international vernetzten rechtsextremen und neofaschistischen Publizistik und dem Geschichts-«Revisionismus» zugearbeitet« meinen die Herausgeber. Grund genug, ein Heft diesem Thema zu widmen.

Am Anfang steht eine Zusammenfassung der Themen und Argumentationsmuster, derer sich die Auschwitz-Leugner bedienen von Brigitte Bailer-Galanda; Hans Stutz beschäftigen diese noch mal speziell in der Schweiz. Wolfgang Proissl beschreibt, wie der Front National in Frankreich auf dem Vormarsch ist und mittlerweile sogar mit eigenen Gewerkschaften die Arbeiter gewinnt. Lothar Baier fragt, ob Le Pen zum Testfall für die liberale Demokratie wird. Detlev Claussen meint, daß nun, nach dem Ende der Goldhagen-Debatte mit ihren großen Diskussionen und Live-Shows eigentlich das große Lesen beginnen könnte. Er betrachtet Goldhagen vor allem als ein Medienphänomen, was heißen soll, daß nicht die eigentlich banalen Erkenntnisse, sondern der »Medienzirkus«, den dieses Buch ausgelöst hat, das eigentliche Problem ist. Dieses Medienphänomen »könnte es nicht geben, wenn der ›Holocaust‹ nicht nach den Gesetzen der Unterhaltungsindustrie kommuniziert würde«(S.57). Reinhard Kühnl liefert einen kurzen und exzellenten Zusammenfassung der Positionen von Historikern vor, während des sogenannten Historikerstreites, dem 1986, und während der Goldhagen-Debatte. Kurz und präzise werden die drei »Lager« und die zugehörigen Interessengruppen analysiert. Goldhagen kritisiert auch er, so frage Goldhagen nicht nach den anderen Massenmordprojekten der Nazis, beispielsweise nach dem an den Sinti und Roma. Vor allem blieben aber diejenigen, die den Holocaust von Herrschaftspositionen aus geplant und organisiert haben, außerhalb des Blickfeldes. Die These vom »eliminatorischen Antisemitismus« als Erklärung des Holocausts ist zu monokausal und nicht ausreichend. Erwähnenswert wäre gewesen, daß nie ein ernstzunehmender Historiker die Kollektivschuldthese vertreten hat (schon gar nicht Goldhagen), die Deutschen sich aber umso intensiver gegen diese gewehrt haben

Christian P. Scherrers »Krieg der Zivilisa-

tionen?« zur Huntington-Debatte faßt die Positionen von Galtung und Huntington zusammen. Kurz lassen sich diese so umreißen: Nach Ende des Kalten Krieges bildet sich laut Galtung ein multipolares Blocksystem heraus. Er führt dazu insgesamt sieben Blöcke auf, die wahrscheinlich entstehen werden. Als besorgniserregend betrachtet er die Abkopplung von Afrika und Lateinamerika, die blockweise von Europa bzw. den USA peripherisiert werden. Huntington dagegen sieht künftige Konflikte vom »Zusammenprall verfeindeter Kulturen« bestimmt. Eine besondere Bedrohung für den Westen stellt dabei die »konfuzianisch-islamische Achse« dar. Seine Zivilisationen werden vor allem durch die Religion definiert, während bei Galtung wirtschaftliche Beziehungen eine stärkere Rolle spielen. Außerdem geht Galtung von einem marxistischen Standpunkt aus, benutzt dabei Amins Terminologie. Bei Huntington dagegen sind rassistische Töne kaum überhörbar. Die Thesen beider unterscheiden sich möglicherweise nicht so stark. Könnte man bei Galtung nicht noch so etwas wie den Wunsch nach globaler Solidarität ablesen? Bei Huntington auf jeden Fall nur den nach neokolonialistischer Sicherung westlicher Hegemonie. Was Huntington brisanter und vor allem gefährlicher macht, sind seine Mitgliedschaft im »Council on Foreign Relations«, welches der SPIEGEL 1975 mit »Ein Politbüro für den Kapitalismus?« betitelte, und seine Beratertätigkeit für US-AID. Während die Wissenschaft seine Thesen diskutiert, bestimmen sie ohnehin längst die Standort- und Globalisierungsdebatte. Ein Beispiel ist die Rede von Bundespräsident Herzog am 8. Mai, in der er unbekümmert zum Besten gibt, daß es in der zukünftigen Welt geistige und ökonomische Machtblöcke geben werde, die zu Europa in Konkurrenz stehen werden, also anderthalb Milliarden Chinesen, eine Milliarde Moslems..., Schwarzafrikaner, die den Platz einnehmen wollen, der ihnen zusteht, und Europa seinen nur behalten wird, wenn es einig ist (Berliner Zeitung vom 9.5.). Die Suche nach »Feindbildern für den hochgerüsteten Westen« ist also nicht nur »im vollen Gange« wie Scherrer schreibt (S.105), man ist auch schon fündig geworden.

Arnold Künzli schreibt über »Nationalismus und Krieg im Namen Gottes. Religion,

Mythen und Heilsgeschichte im Namen Gottes« und spannt seine Ausführungen von Abraham (Der Exodus des Volkes Israel als Urbild des Nationalismus) über Platon, Hegels »Vergöttlichung des Staates«, Hitlers Auftrag des Herrn bei der Judenverfolgung bis hin zum Streit um die Kruzifixe in bayerischen Klassenzimmern. Und resümiert: »Gott« bleibt auch nach Auschwitz eine jederzeit gebrauchsfertige Legitimationsinstanz.«

Abgerundet wird das Ganze durch verschiedene Artikel zur aktuellen Debatte um die Rolle der Schweiz, insbesondere ihrer Banken, während der Nazizeit, wobei erwartungsgemäß keiner der Autoren in den Chor der ansonsten wohl eher selbstgefälligen, nationalistischen Schweizer Öffentlichkeit einstimmt.

Das Heft, welches eigentlich schon ein Sammelband ist, liefert einen umfassenden Überblick zum Umgang mit Geschichte und deren Instrumentalisierung für politische oder religiöse Zwecke. Die Auswahl ist keineswegs auf rechte Revisionisten beschränkt, wengleich diese wohl am meisten Stoff bieten. Dabei werden durchaus viele Richtungen und Versionen abgehandelt. Auch unkonventionelle und wenig diskutierte und bekannte Bereiche werden behandelt, beispielsweise von Moshe Zimmermann, der einen Einblick in die Geschichtspolitik in Israel gibt, wo linke »Postzisten« ein Geschichtsbild revidieren, mit dem israelische Regierungspolitik gerechtfertigt wurde. Einige Artikel, beispielsweise Scherrers und der Goldhagen-Teil haben durchaus belehrende, rechthaberische Züge, (»... wurde zurecht kritisiert«) doch das ist durch die sehr hohe Qualität der Beiträge leicht zu verschmerzen. Das nächste Heft erscheint voraussichtlich im Juli dieses Jahres.

MARKO HOFFMANN

Ronnie Kasrils: Steckbrieflich
 gesucht. Undercover gegen Apartheid.
 Mit einem Vorwort von
 Denis Goldberg, Übersetzung Edel-
 gard und Tina Nkobi, Neue Impulse
 Verlag Essen 1997, 359 S. (39,80 DM)

Ronnie Kasrils, Mitglied des Exekutivkomitees des ANC und des ZK der SACP, zugleich Stellvertretender Verteidigungsminister, legt seinen Lebensbericht vor. Ein Thriller, wie manche Rezensenten schreiben, vor allem aber ein zeitgeschichtliches Dokument. K. beschreibt den Weg eines kritischen jüdischen Jungen, der unter dem Eindruck des Massakers von Sharpeville 1960 den Weg in die Reihen des noch legalen ANC fand, mit dem er dann in den Untergrund gehen mußte. Im Willen, die unmenschlichen Zustände zu ändern, wurde er Kämpfer. Er fand seinen Platz im bewaffneten Arm des ANC, im Umkhonto we Sizwe, wurde schließlich Politkommissar und stand an der Spitze des militärischen Geheimdienstes dieser Guerillatruppe. Er gehörte zu den Siegern über das Apartheid-Regime. Schließlich deutet er die Schwierigkeiten des Neuanfangs in Südafrika an, wenn er von den Problemen im »Kampfstern Galaktika«, dem RSA-Verteidigungsministerium (benannt nach der futuristischen Architektur) beim Zusammenfinden der Feinde von einst berichtet.

Es liest sich spannend, wenn K. recht offen und für einen Geheimdienstler auch sehr emotional über den Untergrundkampf, die Jahre im Exil, die Infiltration nach Südafrika berichtet. Das erinnert an die besten Memoiren über den antifaschistischen Kampf. Er folgte seinem Gewissen und trotzdem stieg er, wie Denis Goldberg im Vorwort schreibt, »lustvoll in das Leben eines politischen und militärischen Untergrundkämpfers« ein (S. 8). Das betrifft sein eigenes Schicksal gemeinsam mit seiner Frau Eleanor und den Kindern, vor allem aber das Schicksal hunderter und tausender Kämpfer an einer Front, an der der Apartheid-Staat mit Armee und Sicherheitskräften gnadenlos gegen die Befreiungskämpfer voringing. Es ist auch die Geschichte eines Kampfes, in dem der tagtägliche Widerstand sehr praktisch die Apartheid-Ideologie ad absur-

dum führte. Schwarze aller Stämme, Weiße, Inder kämpften und fielen Seite an Seite. Der Atheist K. hatte keine Probleme mit den gläubigen Christen und dem oft noch wirksamen Glauben an die Zaubermagie der Naturreligionen, der gemeinsame Feind einte sie alle. Es ist zu hoffen, daß diese historische Erfahrung dauerhafte Folgen für einen toleranten Umgang in der neuen südafrikanischen Gesellschaft besitzt.

Vor allem ist es kein Bericht, der nur die Sonnenseite des Kampfes, die Siege feiert und vielleicht noch an die Märtyrer gescheiterter Operationen erinnert. Kritisch und selbstkritisch nimmt K. zu den Problemen des Untergrundkampfes Stellung: zu Meutereien in den Camps fern der Heimat, zu erfolgreichen Unterwanderungsversuchen durch die südafrikanischen Geheimdienste und zu falsche Verdächtigungen, zu Übergriffen bei der Behandlung von Gefangenen und voreiligen Hinrichtungen, generell zu fehlerhaften Entscheidungen.

Zugleich ist es ein Buch über die internationale und internationalistische Solidarität, die der ANC durch jene Verbündeten erfahren hat, die sich ihrem Kampf zur Seite gestellt haben. Da ist von Ausbildungen in der Sowjetunion und in der DDR zu lesen. Dabei urteilt K. bei aller Problematik dieser Beziehungen selbstbewußt, daß den ANC »die Sowjetunion weder kontrolliert noch gelenkt« hat (S. 251). Natürlich gab es auch hier diese besondere Mischung von Gläubigkeit an das »neue Jerusalem« (so ein ANC-Führer 1927) (S. 89), realer Abhängigkeit, aber ebenso der großen geografischen und politischen Entfernung. Aber K. zeigt gleichzeitig die freimütigen Diskussionen und die eigenständigen Ideen der südafrikanischen Kommunisten. Er erinnert sich, daß er einst seine Sympathien für Dubcek bekannte, aber gleichzeitig sich die letzte Unterordnung unter das sowjetische Ideenmonopol selbst eingestehen muß.

K. berichtet teilweise sehr detailreich über die Hilfe Kubas, ebenso über die mehr oder minder geduldete oder geförderte Untergrundtätigkeit in den Frontstaaten (Angola, Mocambique, Simbabwe, Sambia, Tansania, Botswana, Swasiland). Das zog für diese Länder verlustreiche Vergeltungsschläge Südafrikas nach sich. Die Probleme der versuchten

Normalisierung der Beziehungen etwa Mocambique zur RSA in den 80er Jahren werden dargestellt. Der ANC verlor wichtige Stützpunkte und Infiltrationswege. Und K. läßt auch nicht die Duldung der ANC-Untergrundaktivitäten seitens der britischen Behörden aus, auch wenn hiervon sicher mehr zu erfahren wäre.

Aus meiner Sicht ist K.s Buch in dreierlei Hinsicht für den Zeitgenossen, den Zeitgeschichtler und den Politikwissenschaftler bemerkenswert:

Erstens bietet K. einen tiefen Einblick in die Probleme, Chancen, aber auch Grenzen eines Guerillakrieges, zudem unter recht ungünstigen geografischen Bedingungen. Hier erinnert sein Buch schon an die Partisanenklassiker und -theoretiker von Mao Dze Dong über Ho Chi Minh, Vo Nguyen Giap, Che Guevara oder Regis Debray. Der Guerillakrieg war letztlich immer nur eine Ergänzung oder ein notgedrungener Ersatz für den politischen Kampf. Zumal der ANC durchaus in Anlehnung an die indische Kongreßbewegung den gewaltlosen Kampf gegen die Apartheid favorisiert hatte. Erst der Terror der weißen Minderheit zwang zu einer Kursänderung. Die Aufnahme des bewaffneten Kampfes manifestierte, daß der ANC in der Lage und willens war, Widerstand zu leisten und den Terror des Apartheid-Regimes nicht hinzunehmen.

Zweitens ist es gerade deshalb ein Buch von der Vielfalt der Kampffelder und -methoden in sehr klassischem Sinne. Nicht die Verabsolutierung eines Kampfform, sondern die Bereitschaft und Fähigkeit, sich auf neue Situationen einzustellen und Strategie wie Taktik umzustellen, garantierte schließlich den Sieg. Diese Beweglichkeit ermöglicht in einer solch zugespitzten Auseinandersetzung mit einem Feind, der zur Bewahrung seiner Macht vor Mord und Folter nicht nur nicht zurückschreckt, sondern sie massiv gegen eine »kommunistisch gesteuerte« Bewegung ihm zudem »rassisch« verhaßter Menschen einsetzte, durchzuhalten.

Besonders anschaulich wird dies in der Darstellung des Übergangs des bewaffneten Kampfes in den legalen politischen in den Jahren 1989-1991. Parallel zu den Geheimverhandlungen (des noch inhaftierten) Mandela und dann auch des ANC mit der südafri-

kanischen Regierung war die Beendigung des bewaffneten Kampfes und die Rückkehr der ANC-Kämpfer in das Land zu organisieren. Während die Verfolgung durch die weißen Sicherheitskräfte weiterging, mußten die Umkhonto we Sizwe-Kämpfer sich auf die neuen Bedingungen einstellen. Zielgerichtet wurde die Legalisierung vorbereitet und die politischen Strukturen im Lande selbst reaktiviert und ausgebaut. Gerade hier sind K.s Erinnerungen aufschlußreich, wo er mit zunächst illegalem, dann halblegalem Status zu Beginn der 90er Jahre in Südafrika selbst arbeitete, die Legalisierung der SACP vorbereitete und gleichzeitig trotz laufender Verhandlungen mit der Regierung nur mühsam der Verhaftung entging.

Drittens schließlich ist das Buch ein Lehrstück über die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Zum einen hat sich K. zu einer sehr differenzierten und kritischen Sicht der realsozialistischen Staaten durchgerungen, die den Befreiungskampf unterstützt haben. Er läßt keinen Zweifel an seinen Sympathien, gleichzeitig macht er aber auch deutlich, daß die einst ihm eigene Gläubigkeit an die kommunistische Sache den Blick auf Schwachstellen verstellt hat, die er durchaus gesehen hat. Aber: »Wir haben die Schwächen des Systems weniger wahrgenommen als sie die von vornherein feindlich eingestellte Propaganda des Kalten Krieges im Westen überaus kritisch sah. Denn während der Westen höchstens fromme Sprüche über die Übel der Apartheid abgab, leistete uns die Sowjetunion praktische Unterstützung.« (S. 89)

Andererseits ist die kritische wie selbstkritische Darstellung möglicherweise auch ein Beitrag zu einer differenzierten Darstellung des Befreiungskampfes, der die Opfer nicht leugnet, auch nicht die Fehlgriffe und Verbrechen, die seitens des ANC begangen wurden. Dabei verblaßt dahinter keineswegs die eigentliche historische Leistung. Und diejenigen, die um ihr Überleben und um die Freiheit kämpften, werden nicht zu Schurken der Geschichte, auch wenn sie gelegentlich fehlgriffen. Schließlich ist dies aber die Besonderheit der bislang erfolgten südafrikanischen Vergangenheitsbewältigung mit Hilfe der Kommission für Wahrheit und Versöhnung unter Leitung von Erzbischof Desmond Tuto. Offen-

legung der Verbrechen, Nachsuchen von Amnestie sind dafür typisch. Aber es wird auch deutlich, wie schwer Vergebung fällt, zumal viele Verbrechen im Dunkeln bleiben, wenn nicht alle Beteiligten sie offen eingestehen. Die Vorwürfe K.s an die Adresse von F.W. de Klerk, den er für die blutige Begleitung des Verhandlungsprozesses zu Beginn der neunziger Jahre in einem gefährlichen »wohlvorbereiteten Doppelspiel« (S. 312) mitverantwortlich macht – ca. 14.000 Tote und 22.000 Verwundete allein in diesen Jahren – und die letztlich nie eingestanden wurden, zeigen die ganze Problematik.

So schön das Modell der Wahrheitskommission sein mag, es hat Grenzen. Juristische Aufarbeitung der Vergangenheit scheint unter diesen Vorzeichen vielleicht doch ihre Berechtigung zu haben, sicher aber nur, wenn sie Teil einer politischen Strategie und einer politischen Entscheidung zugunsten der Normalisierung und des Ausgleichs ist. Was wäre in Deutschland geschehen, wenn sich 1991 die DDR-Bürgerrechtler mit der Idee eines Tribunals hätten durchsetzen können? Auch hier würden Fragen des fehlenden Klimas eine Rolle gespielt haben. Die Bereitschaft zum offenen Eingestehen von Versagen und Verbrechen aller Seiten, aber auch der Wille zum politischen Schlußstrich, der einen Neuanfang gemeinsam ermöglicht, hat nicht nur zu diesem Zeitpunkt gefehlt.

STEFAN BOLLINGER

Jorge Mario Japaz:

Der vierfarbige Punkt.

Von den Anden zum Brandenburger Tor, Neuer Hochschulschriftenverlag Rostock 1997, 149 S.

Ein Mann kommt 1988 aus Argentinien in die DDR. Der Soziologe Jorge M. Japaz, geboren 1950 in der Provinz Mendoza am Fuße der Anden, will an der Sektion Lateinamerikawissenschaften der Rostocker Universität promovieren und den »realen Sozialismus« kennenlernen. Mit den Ereignissen von 1989/90 verändern sich bald die Welt und sein Lebensumfeld dramatisch. Er beobachtet gut und schreibt auf.

Es ist keine wissenschaftliche Abhandlung, sondern ein Essay des Erlebten, Beobachteten und Erfahrenen im sich verändernden Nordosten Deutschlands und in Rostock, immer angereichert mit interessanten politischen Überlegungen, Vergleichen und Schlußfolgerungen.

Japaz schildert die »Insel DDR« und ihren Untergang, die Euphorie der Vereinigung und die Ernüchterung der »Nachwende«, die »Wohlstandsgesellschaft« und das sich wandelnde Deutschland.

Der Wert des Buches liegt darin, daß es eine globale Sicht der Ereignisse, das Zeugnis eines lateinamerikanischen Migranten aus dem armen Süden der Welt bietet. Es hält den Menschen in Ost- und Westdeutschland den Spiegel vor, doch einmal nachzudenken über Denk- und Verhaltensweisen.

Das gilt besonders für die brutalen Aggressionen gegen Ausländer und Asylbewerber von Rostock-Lichtenhagen im August 1992, jenes »Beispiel von Barbarei«, das er als ohnmächtiger Zuschauer miterleben mußte und im Buch verarbeitet. »Der vierfarbige Punkt« ist im fünften Jahr jener Ereignisse auch ein mahrender Beitrag zur Diskussion, wenn es um das Leben von Ausländern in Deutschland geht.

Die Niederlage des Sozialismus, Zerfall und Krieg in Jugoslawien und der Sowjetunion, der anschwellende Rassismus und die Morde an Ausländern in Deutschland, der Verfall menschlicher Werte und manches andere wurden für ihn, der mit viel Neugier und Hoffnung zu uns gekommen war, zu einem Alptraum und Zeichen einer apokalyptischen Zeit.

Japaz begleitet den Vereinigungsprozeß kritisch. Er hat gemeinsam mit den Ostdeutschen quasi als »Ausländer-Ossi« wichtige Lernprozesse und Erfahrungen machen können, die ihn in die Lage versetzten, die DDR und den Osten besser als die meisten westdeutschen Autoren von »Wende«-Literatur oder »Geschichtsaufarbeitung« verstehen und bewerten zu können.

Im Verfassungsentwurf des »Runden Tisches« kristallisierte sich für ihn 1989/90 das Symbol der »unterworfenen« oder »unschuldigen Utopie«, die damals keine Chance hatte. Er hat nie die Hoffnung verloren, daß sie in ein paar Jahren der Vergangenheit entrissen werden wird.

Kurz nach Erscheinen des Buches ist der

Autor an einem langen und schweren Krebsleiden verstorben. Beendigung und Erscheinen des Buches ist der Hilfe vieler Freunde, vor allem Juan Stanke zu danken, der den spanischen Text übersetzte und adaptierte.

STEFFEN FLECHSIG

Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.):
Markt oder Plan. Wirtschaftsordnungen in Deutschland 1945-1961, Campus Verlag Frankfurt/New York 1997, 222 S.

Es handelt sich um das Buch zu einer Ausstellung gleichen Namens, die bis Anfang Juni im Bonner »Haus der Geschichte« lief und anschließend »durch die Republik« wandern sollte. »Die Ausstellung vollzieht die getrennten Weg nach, um mit dem Wissen um die Vergangenheit das Verständnis für einander zu vertiefen und Perspektiven für eine fruchtbare Diskussion der Zukunft zu eröffnen.« So charakterisiert Projektleiter Hanno Sowade das Anliegen der Präsentation (S. 14). Im »Buch zur Ausstellung« haben Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter des Museums und Journalisten versucht, das Anliegen der Ausstellung in anderthalb Dutzend Artikel zu fassen. Die Museumsmitarbeiter konzentrieren sich auf besser abbildbare Themen: Arbeitswelt im VEB, Lebensstandardentwicklung, Wirtschaftswerbung, Sozialpolitik. Um die Vermittlung der – wie der Direktor des »Hauses der Geschichte« zu Recht bemerkt – »nicht leicht anschaulich darzustellenden« Themen wie »Wirtschaftsordnungen und die Reaktionen der Menschen auf die sie umgebenden Wirtschaftssysteme« (S. 9) bemühen sich Wissenschaftler und Journalisten.

Was die Wissenschaftler betrifft, so war der Herausgeber um Prominenz bemüht. Der britische Wirtschaftshistoriker Alan Milward schreibt über die anfangs noch deutlich von einander unterscheidbare Wirtschaftspolitik in den drei westlichen Besatzungszonen und über den Marshallplan, der Mannheimer DDR-Forscher Hermann Weber über die Wirtschaftspolitik in der sowjetischen Besat-

zungszone und Ludolf Herbst, bekannt durch seine Forschungen zur NS-Wirtschaftspolitik, verfolgt den Weg der deutschen Wirtschaft von der Kapitulation bis zur Währungsreform. In die fünfziger Jahre hinein führen der Artikel von Ulrich Kluge – bekannt geworden durch Veröffentlichungen zur Agrargeschichte der Bundesrepublik – zur ost- und westdeutschen Landwirtschaftsentwicklung und Christoph Buchheims ordnungspolitische Betrachtung der Industrieentwicklung der DDR.

Die relativ kurzen Beiträge können nur Bekanntes zusammenfassen. Die Chance, Eigenes einzubringen, bestand für die Historiker durch die Auswahl der Fakten und ihre Interpretation. Diese Chance wurde auch genutzt, und so sind eigenständige Beiträge entstanden, die den Leser zum Mitdenken auffordern. Das gilt besonders dann, wenn die Meinungen deutlich auseinandergehen. So, wenn Hermann Weber für die SBZ der ersten Nachkriegsjahre ein nur zögerndes Wirtschaftswachstum feststellt (S. 37), Christoph Buchheim dagegen ein deutlich schnelleres als in den Westzonen (S. 69). Oder wenn Christoph Buchheim und Ludolf Herbst die wirtschaftliche Ausgangssituation Ostdeutschlands für günstiger einschätzen als die Westdeutschlands (S. 28, 64), Hermann Weber dagegen feststellt, daß »die ökonomische Ausgangslage, insbesondere der Industrie,.. sehr ungünstig« war. (S. 35) Stören mag das nur diejenigen, die von der Wissenschaft »letzte Wahrheiten« erwarten. Aber ein Indiz für den Bedarf nach weiterer Diskussion der deutschen Zonenwirtschaften sind die aufgeführten Divergenzen gewiß.

Die Autoren fällen ihre Urteile für Bewirtschaftung, Plan- und Marktwirtschaft aus dem von ihnen gelieferten Fakten- und Argumentationszusammenhang heraus. Ihre Einschätzungen sind nachvollziehbar, aber vielleicht nicht immer überzeugend. An die Grenze vom Argument zur Agitation bewegt sich nur Kluge, wenn er in seinem Beitrag die »physische Ausrottung von Adelsfamilien, Gutsinspektoren und Großbauern« als Charakteristikum der ostdeutschen Bodenreform herausstellt (S. 81) und die lange und intensiv geführte Diskussion um eine Bodenreform in den Westzonen, die teilweise auch in den Länderverfassungen ihren Niederschlag fand, damit

abtut, daß die Ernteerträge »bereits 1949 wieder den Vorkriegsstand erreichten, so daß eine Umstrukturierung der Agrarverfassung aus Gründen höherer Produktivität überflüssig erschien.« (S. 82). Kluge schafft es auch, 11.000 Neubauernstellen West (gegenüber 210.000 im Osten) noch als Erfolg anzubieten.

Fast durchgehend schlägt dagegen Geschichte in Agitation um, wenn sich – durchaus prominente – Journalisten des Geschichtsstoffes annehmen. Wenn Peter Gillies, bekannt durch seine Beiträge für »Die Welt«, einerseits über die neokeynesianistische Wende der Wirtschaftspolitik in der großen Koalition vermerkt: »Das Konzept scheiterte und hinterließ einen Berg von Staatsschulden«, und andererseits für die Politik nach der »Kohlschen« Wende von 1982, die zu einer weit höheren Staatsverschuldung und einem »festen Sockel« von 2 Millionen Arbeitslosen führte, meint, sie habe erstaunlich positive Wirkungen erzielt, so hat das mit Geschichtsinterpretation nichts mehr zu tun. Ähnlich parteilich und kämpferisch bewältigt auch Volker Wörl, jahrelang leitender Wirtschaftsredakteur der »Süddeutschen Zeitung« seinen Part über die DDR-Wirtschaft vom Anfang der sechziger Jahre bis zur Wiedervereinigung. Dafür nur ein Beispiel: Vom Herbst 1989 bis zum Frühjahr 1991 »sackten Produktion und teilweise auch die Beschäftigung in den neuen Bundesländern auf ein Drittel ihres vormaligen Niveaus ab«. Der Grund nach Wörl: Die Selbstauflösung der DDR-Planwirtschaft. Erst im nachfolgenden Abschnitt wird von ihm eingeräumt, »daß die Währungsumstellung im Verhältnis 1 zu 1 in den neuen Ländern wie eine gigantische Aufwertung wirkte und die Produktion im Außenhandel zusätzlich konkurrenzunfähig machte.« (S. 188)

Vielleicht hätte man auf die – vom Thema der Ausstellung her überhaupt nicht geforderte – Ergänzung der Wirtschaftsgeschichte beider deutscher Staaten bis zur Wiedervereinigung doch verzichten sollen. Oder sich auch für diesen Part, wie für den Zeitraum davor doch recht erfolgreich, um Wirtschaftshistoriker als Autoren bemüht. Es gibt sie. Für die DDR hätte der Herausgeber zwecks fundierter Darstellung des »Neuen Ökonomischen Systems« und der Honeckerschen »«Einheit von

Wirtschafts- und Sozialpolitik« freilich »echte Ossis« ansprechen müssen. Das hat man bei der Konzeption des thematisch »gesamtdeutsch« angelegten Bandes allerdings gänzlich vermieden.

JÖRG ROESLER

Blätter des Informationszentrums

3. Welt, Nr. 216

Dritte-Welt-Arbeit erschöpft sich nicht in Boykottaufrufen gegen böse imperialistische Bananenproduzenten sowie in Kampagnen, nur ökologisch unbedenklichen und garantiert fair gehandelten »Sandino-Kaffee« zu trinken – auch wenn dies einen wesentlichen Teil ihrer Aktivitäten bildet. Dies war mir schon bewußt, bevor ich dieses Ausgabe des wohl ältesten und bekanntesten Informationsblattes der Dritte-Welt-Initiativen im deutschsprachigen Raum in die Hände bekam. Dennoch war ich positiv überrascht. Außer mehreren (durchaus lesenswerten) Artikeln u.a. über religiös-fundamentalistische Bewegungen in der Dritten Welt, über die neuesten Entwicklungstendenzen der kubanischen Literatur, zum afroamerikanischen Boxsport sowie einen Bericht über das »Internationale Treffen gegen den Neoliberalismus« in Chiapas nimmt das Schwerpunktthema »Globalisierung« den weitaus größten Teil dieser Zeitschrift ein – was für ein Blatt aus diesem politischen Spektrum schon nicht ganz alltäglich ist.

Die Macher/innen der »Blätter« erklären in einem vorangestellten Kommentar auch, weshalb sie sich für diesen Schwerpunkt entschieden haben: Die »Globalisierung« als Prozeß sei dem Kapitalismus an sich schon inhärent. Unter der gegenwärtigen Umstrukturierung des kapitalistischen Systems – eben jener »Globalisierung« – verberge sich schlicht eine »Verschlankung« des Systems, d. h. ein Abbau des Sozialstaates. Eine Untersuchung dieses Prozesses aber wäre erste Voraussetzung, ihm Widerstand entgegenzusetzen. In einem ersten Artikel durchleuchtet *Georg Lutz* (Mitarbeiter des iz3w) die ökonomischen Konsequenzen der gegenwärtige Welle neoliberaler Wirtschaftspolitik, die er vor allem in Massenverarmung, zunehmenden Nationalis-

men, Abspaltungstendenzen und Bürgerkriegen in vielen Teilen der Welt sieht. Nach seiner Auffassung sind die Folgen des neoliberalen Modells auf die Dauer für das Gesamtsystem nicht tragbar. Die parlamentarische Linke, die die sich zwangsläufig anbahnenden Gegentendenzen eigentlich für sich ausnutzen sollte, kranke jedoch an der Unfähigkeit, außerhalb der Handlungsspielräume eines prosperierenden Wohlfahrtsstaates agieren zu können.

Joachim Hirsch (Professor für Politikwissenschaften in Frankfurt) setzt sich in einem Interview mit den derzeit in der Linken heftig diskutierten Vorstellungen von Robert Kurz und Karl-Heinz Roth auseinander. Nach seiner Auffassung ist weder einen »Kollaps der Modernisierung« noch eine »Wiederkehr der Proletariat« in Sicht. Zutreffend wären jedoch von beiden Autoren beschriebene Krisentendenzen des Systems. Den daraus sich ableitenden ökonomischen Prozessen könnten die Betroffenen jedoch durch eine stärkere Demokratisierung und Selbstbestimmung entgegenzutreten. In dem nächsten Artikel beschreiben *Elmar Altvater* (Professor an der Freien Universität Berlin) und *Birgit Mahnkopf* (Professorin an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin) die ökonomischen Auswirkungen des derzeit unter der Bezeichnung »Globalisierung« ablaufenden Prozesses. Nach ihrer Auffassung hat das Wettrennen um den günstigsten Wirtschaftsstandort nicht nur ein gravierendes Abbau an Lohn und Sozialleistungen, sondern unter dem Strich auch ein Realverlust an Arbeitsplätzen zur Folge. Garantien dafür, daß sich einschneidende Kürzungen bei Tariflöhnen und Sozialleistungen bzw. Steuergeschenke an potentielle Investoren langfristig positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen »Standortes« auswirken, könne es jedoch nie geben. Zweck der Globalisierung von Unternehmen bleibe »ganz traditionell die langfristige Erzielung einer Profitrate, die an die auf den globalen Finanzmärkten gebildete Zinsrate heranreicht«. Etwas deplaziert wirkt in diesem Zusammenhang ein nachfolgender Artikel von *Thomas Ebermann* und *Rainer Trampert*, der eigentlich nur ein Auszug aus ihrem jüngst erschienenen Buch »Die Offenbarung der Propheten« darstellt. Nach Auffassung der beiden

Autoren hat sich am Kapitalismus eigentlich gar nichts geändert; was zur Zeit abläuft, wäre lediglich eine Sanierung der Profitrate. Der Vulgärmarxismus stirbt offenbar nie aus... *Martin Janz* (Mitarbeiter am iz3w) bricht in dem nächsten Artikel eine Lanze für Karl Marx, indem er sich anhand der aktuellen ökonomischen Tendenzen kritisch mit dem Revisionismus Bernsteins auseinandersetzt. Nach seiner Auffassung sollte die gegenwärtige Debatte zu Globalisierung und Krise in eine kritische Theorie kapitalistischer Vergesellschaftung münden. In dem letzten Artikel setzt sich *Christine Parsdorfer* (Mitarbeiterin am iz3w) kritisch mit dem Begriff »Zivilgesellschaft« und der Rolle der »Nicht-Regierungs-Organisationen« (NRO) auseinander. Im Rahmen des Globalisierungsprozesses wären die meisten international agierenden NROs längst instrumentalisiert und im Namen einer vorgeblichen Zivilität zu quasi-staatlichen Kontroll- und Regulationsapparaten degradiert worden. Voraussetzung für die Schaffung einer tatsächlichen »Zivilgesellschaft« wäre jedoch zuerst die Überwindung der globalen Hegemoniestruktur, d. h. der weltweit wirkenden Ausbeutung durch eine Handvoll im Norden beheimateter Großunternehmen.

Eine Zusammenstellung weiterer Zeitschriftenausgaben, die sich gegenwärtig mit dem »Globalisierungs«-Prozeß beschäftigen, ist eine brauchbare Ergänzung für Leser, weiter mit diesem Thema beschäftigen wollen. Im Frühjahr 1997 wird in der 219. Ausgabe der »Blätter« die Debatte weitergeführt.

Übrigens; das »Informationszentrum 3. Welt« wird in diesen Tagen 25 Jahre alt – Gratulationen, Abo-Bestellungen oder sonstige Zuwendungen können gerichtet werden an: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum 3. Welt; Postfach 5328, Kronenstraße 16 (HH) in D-79020 Freiburg im Breisgau.

GERD BEDSZENT

Markus Lamprecht, Hanspeter Stamm:
Die soziale Ordnung der Freizeit.
Soziale Unterschiede im Freizeitverhalten
der Schweizer Wohnbevölkerung,
Seismo Verlag Sozialwissenschaften
und Gesellschaftsfragen, Zürich
1994, 564 S.

Die industrialisierte Zivilisation des Kapitalismus hat den Müßiggang und die beschauliche Langsamkeit vorhergehender Gesellschafts-epochen in eine nicht selten anstrengende und auch verwertungskonforme Veranstaltung verwandelt, für die sich der schillernde Name »Freizeit« eingebürgert hat. Während noch in Antike und Feudalismus das Vorrecht, nicht arbeiten zu müssen, ein ständiges Privileg war und sich die »freie« Zeit der arbeitenden Bevölkerung vorwiegend nach den Perioden des agraren Reproduktionszyklus richteten, ist Freizeit im kapitalistischen Wohlfahrtsstaat ein höchst widersprüchliches Phänomen, von dem – insbesondere vor den neo-liberal inspirierten Attacken konservativer Wirtschaftspolitik auf die Dauer des Arbeitstages wie auf die Länge der Lebensarbeitszeit – angenommen wurde, daß es die Gesellschaft der Zukunft maßgeblich prägen wird. In Zeiten der von Globalisierung getriebenen Weltmarktkonkurrenz zwischen nationalen »Wettbewerbsstaaten« ist Freizeit dreierlei zugleich – einerseits knappes Gut und andererseits zunehmend im Überfluß vorhanden sowie schließlich ein Wachstumsfaktor. Knapp ist sie für jene Arbeitsplatzbesitzer, für die Überarbeit eine dauernde Begleiterscheinung des alltäglichen »Wettbewerbsstress« ist; demoralisierend und psychisch belastend wirkt sie auf die wachsende Zahl derer, die vom »Normalarbeitsleben« ausgeschlossen sind, und als Wachstumsfaktor soll der Konsum von Freizeitartikeln, die Inanspruchnahme von Dienstleistungen, das gezielte Suggestieren von Fernreisesucht u.v.m. der konjunkturschwachen Wirtschaft auf die Sprünge helfen und gleichzeitig noch Arbeitsplätze schaffen. Während also die, die über Hochlohneinkommen verfügen, tendenziell keine Zeit für Freizeit haben, ist die Freizeit der Arbeitslosen eine eher anrühliche Sache, nicht nur weil Freizeit im

bürgerlich-kapitalistischen Anständigkeitsdenken Arbeitszeit voraussetzt – Freizeit muß durch Arbeitszeit »verdient« werden –, sondern weil ihnen auch zunehmend die Mittel zur Teilnahme am Freizeitkonsum fehlen. Und »Geldsubjekte ohne Geld« sind für die Freizeitindustrie, wie für die Marktgesellschaft überhaupt, natürlich Unpersonen, die im Freizeitpark nichts zu suchen haben.

Wie frei sind wir also wirklich in der Freizeit? Worin besteht ihr Stellenwert und wodurch wird Freizeitverhalten determiniert? Daß sind die leitenden Fragestellungen, mit denen sich die schweizer Soziologen M. Lamprecht und H. Stamm aufmachen, die »soziale Ordnung der Freizeit« in modernen Gesellschaften – hier am Beispiel der Schweiz – zu ergründen. Der wissenschaftliche Ernst, mit der sie die Problematik verfolgen, hat eine Studie entstehen lassen, die als Disserationschrift an der Universität Zürich angenommen wurde und die – wie bei derartigen Schriften leider nur allzu oft üblich – keine leicht zugängliche (Freizeit)Lektüre darstellt.

Das vorliegende Buch hat alles, was ein wissenschaftliches Werk wirklich wertvoll macht: eine interessante und politikrelevante Fragestellung, die mit hohem intellektuellen Aufwand in den gesellschaftlichen Kontext eingeordnet und theoretisch verdichtet wird, und nicht zuletzt einen auch methodisch außerordentlich fundierten, spannenden empirischen Teil. Die Ausgangsüberlegungen, methodisches Instrumentarium und Ergebnisse werden systematisiert in drei Teilen, auf insgesamt 16 Kapitel verteilt, präsentiert, wobei das von den Autoren gewählte Darstellungsprinzip, vor jedem Abschnitt zu erklären, was im folgenden gemacht werden soll, und jeden Abschnitt mit einer Zusammenfassung zu beschließen, zu einiger Redundanz und zu durchaus vermeidbaren Längen führt. Denn, wenn davon aus gegangen werden darf, daß die jeweiligen »Regieanweisungen« am Anfang und die Zusammenfassungen am Abschnittsende erst verfaßt wurden, als die Kernabschnitte bereits geschrieben waren, kann es natürlich kaum verwundern, daß hinten immer genau das herauskommt, was vorn bereits angekündigt wurde.

Der erste Teil befaßt sich im fünft Kapitel geliedert mit der Freizeit als Gegenstand so-

ziologischer Forschung und mit dem sozialhistorischen Hintergrund der Freizeitentwicklung bis zur Gegenwart. Hieraus werden dann Überlegungen zu »Bedeutung und Funktion der Freizeit für die Gesellschaftsmitglieder bzw. die unterschiedlichen sozialen Gruppen« sowie zu den »Determinanten der Freizeitaktivität« (S. 59) abgeleitet. Auch dann, wenn eine Analyse der Freizeitentwicklung die längerfristig wirksamen Tendenzen der »Expansion«, der »Differenzierung« und der »partiellen Verselbständigung« des Freizeitbereichs zutage fördert, ist es nach Meinung der Autoren höchst fragwürdig, ob die sich formierende neue gesellschaftliche Realität in den Industrieländern tatsächlich als Freizeitgesellschaft adäquat beschrieben werden kann. Sie gehen vielmehr davon aus, daß auch die zukünftigen Gesellschaftsformen vor allem technisch-ökonomisch getriebene Strukturen sein werden, in denen »technologischer Stil und politökonomische Regimes« (S. 69) die anderen gesellschaftlichen Teilsysteme dominieren. Obwohl die Freizeit an Bedeutung gewonnen hat, »legen ... die erörterten Veränderungstendenzen des Schluß nahe, daß es sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht falsch wäre, bereits vom Ende der ›Arbeitsgesellschaft‹ zu sprechen« (S. 172).

Im Teil zwei sind die Autoren bemüht, nach einer kritischen Durchsicht der wichtigsten theoretischen Modelle für das Freizeitverhalten ein theoretisches Modell zu entwerfen, »daß die empirische Beliebigkeit der bisherigen Forschung zu überwinden versucht« (S. 174). Eckpunkte des außerordentlichen komplexen Ansatzes sind die Vermutung, daß »soziale Ungleichheit nach wie vor Einfluß auf das Handeln hat« (S. 279) und daß es zum Nachweis diese Ungleichheitsstruktur notwendig ist, einen mehrdimensionalen Raum zu konzipieren, »in dem die verschiedenen Ungleichheitsdimensionen und Positionsverteilungen« eingeordnet und miteinander verknüpft werden können. Die beabsichtigte Analyse der Korrelationen zwischen den Kategorien soziale Lage und Freizeitaktivität erfolgt im Modell vor dem Hintergrund eines jeweils spezifischen gesellschaftlichen Gesamtentwicklungsniveaus über die Beschreibung von Ungleichheitsstrukturen (Qualifikation, Arbeitsplatz, soziale Herkunft, Alter, Ge-

schlecht, Nationalität und Privilegien) und deren Konsequenzen für die Arbeits-, Lebens- und Wohnsituation sowie den individuellen Habitus (Denk- und Wahrnehmungsmuster). Der sich daraus konstituierende Lebensstil schließt spezifische Freizeitverhaltensmuster (Aktivitätsformen, Freizeitstile) ein – und darum geht es Lamprecht und Stamm letztendlich, um die »explorative Anwendung eines erweiterten Strukturmodells auf die Analyse des Freizeitverhaltens« (S. 283) im Rahmen einer empirischen Fallstudie.

Diese Fallstudie wird einschließlich der ausführlichen Entwicklung der angewandten statistisch-mathematischen Methoden im dritten Teil des Buches dargestellt. Sicherlich hat das hier en detail vorgeführte Erhebungsverfahren und die Diskussion von Interpretationsvarianten, die sich aus den unterschiedlichen Möglichkeiten der Verknüpfungen der untersuchten Variablen ergeben, seinen eigenständigen Wert, den Experten mit Sicherheit zu würdigen wissen. Ob Aufwand und Ergebnis hier allerdings im richtigen Verhältnis stehen, darf insbesondere auch deshalb bezweifelt werden, weil nichts herausgekommen ist, was die Autoren vorher nicht bereits theoretisch abgeleitet hatten (und was natürlich auch in die statistisch-mathematischen Modelle in Form von Vorausannahmen Eingang gefunden hat). Was bestimmt nun nach der Analyse von Lamprecht und Stamm Freizeitaktivitäten und Freizeitstile (»als gruppenspezifisches Muster der Freizeitverbringung«)? »Zu den wichtigsten Determinanten zählen die soziale Lage, die sich aus der beruflichen Stellung, der Bildung und dem Einkommen ergibt, die als ›neue soziale Ungleichheiten‹ bezeichneten Merkmale Alter und Geschlecht sowie die allgemeine Wohn- und Lebenssituation. Demgegenüber sind die konkrete Arbeitssituation und die Arbeitsorientierung für die Erklärung der allgemeinen Freizeitaktivität von geringer Bedeutung. (...) Freizeit (stellt) sich nicht einfach als freier und unabhängiger Lebensraum dar, in dem man tun und lassen kann, was man will, sondern ... auch die Freizeit (ist) durch klar bestimmte Faktoren strukturiert. Auch in der Freizeit existiert eine soziale Ordnung.« (S. 469, vgl. fast wortgleich auch S. 519/20). Nach einer exemplarischen Vertiefung der Befunde hinsichtlich zweier wichtiger Frei-

zeitaktivitäten – Reisen und Sport – im 15. Kapitel folgen schließlich einige abschließende Überlegungen, die nochmals auf die grundlegende theoretische wie praktische Einordnung der Problemstellung »Freizeitverhalten« in den Kontext moderner soziologischer Forschungen sowie auf weiterführende Fragen verweisen.

Der sozialwissenschaftlich interessierte Leser, der sich bis hierher durch gearbeitet hat, hat einige Mühen auf sich genommen und wahrscheinlich auch einen Teil seiner Freizeit investiert, aber er wurde auch durch das hohe intellektuelle Niveau der Darstellung sowie durch eine Reihe bemerkenswerter Einsichten belohnt. Zu fürchten ist allein, daß nur wenige das dafür notwendige Stehvermögen und die nötige Resistenz gegenüber den schier unzähligen Wiederholungen von Kerngedanken aufbringen werden. Auch deshalb und weil sich die vorliegende Studie mit einer Thematik befaßt, die für einen relativ großen Kreis von wissenschaftlich und/oder politisch Engagierten von wachsendem Interesse ist, wäre die Veröffentlichung einer verschlankten und stilistisch verbesserten Version sicherlich eine ernsthafte Überlegung wert.

ARNDT HOPFMANN

Friedrich-Martin Balzer/Christian Stappenbeck (Hg.): Sie haben das Recht zur Revolution bejaht. Christen in der DDR. Ein Beitrag zu 50 Jahre »Darmstädter Wort«, Pahl-Rugenstein Bonn 1997, 369 S.

Der Domprediger Karl Kleinschmidt (1902-1978) fiel im allgemeinen unter die Kategorie »Rot«. Seine Kollegen an der Schweriner Bischofskirche erhielten aus dem Spektrum der volkstümlichen Beobachtung die Farben »Schwarz« und »Gold«. So komplettierte sich die DDR-Trikolore. Kleinschmidts Schrifttum umfaßt neben vielen Zeitschriftenbeiträgen selbständige Publikationen zu Luther, Müntzer, Hutten und Schiller. Er hat den ersten »Knigge« in der DDR verfaßt. Der Kabarettist Werner Finck, mit dem er nach zeitweiliger

Suspension in der Nazizeit kurz zusammenarbeitete, soll ihn den Pastor genannt haben, der ihm seinem Glauben am Unglauben geraubt habe. »Wie immer man zu Karl Kleinschmidt stand, da wird kirchliches und politisches Urteil sich unterscheiden, daß aber müssen alle sagen: Er hat in seiner Amtszeit vielen Menschen in Not geholfen. Er hat dafür seinen politischen Einfluß genutzt und war mancher Ungerechtigkeit zu Leibe gegangen.« (G. Pilgrim, Die Ameisenstraße oder Vierzig Jahre Pastor in der DDR, Schwerin 1997, S.76)

Hanfried Müller (*1925) war systematischer Theologe an der Humboldtuniversität Berlin. Seine Dissertation »Von der Kirche zur Welt« (Leipzig 1961) über Bonhoeffers Entwicklung ist ein großartiges Konzept. Seine Treue zu DDR und Marxismus machte es ihm selbst gegenüber der SED nicht immer leicht. Wo er in seinen Erinnerungen den Alltag in den Blick bekommt, wird es so heiter, wie es zum Beispiel für einen devisenarmen Doktoranden aus der DDR in England werden konnte (216 ff), und so eindringlich, wie ein Theologe vor Stalins Sarkophag reflektiert (220 f). Im allgemeinen muß man schon genau lesen und hören, wie Müllers Beiträge sich von gewöhnlicher Nostalgie unterscheiden, aber das erwartet der Autor und Herausgeber der »Weißenseer Blätter« auch von seinen Lesern.

Gerd Wendelborn (*1935) hat in Rostock Ökumenik und neueste Kirchengeschichte bis 1992 gelehrt und interpretiert sein staatstragendes Engagement bis heute als Beitrag zur Revolution. Wissenschaftlich bemerkenswert und in der Diskussion seine Arbeiten über Joachim von Fiore (1974), Martin Luther (1983) und Berhard von Clairveaux (1993). Der Fiore-Arbeit könnte angesichts der aktuellen Jahrtausendapokalypsen zum bevorstehenden Millenium neue Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Alle Autoren wollten mit dem »Darmstädter Wort« (1947) den kirchlichen Antikommunismus nicht wiederholen. Nun liegen in Auswahl einige Schriften von ihnen zur Auseinandersetzung mit ihren Positionen vor. Das die Autoren in je eigener Weise das Recht zur Revolution bejaht haben, wird für rühmens-

wert halten, wer es will und kann. Daß sie diese Haltung mit der DDR verbinden, stellt sie in die gesamte Kontroverse hinein, die sich aus diesem Ereignis samt Implosion ergeben hat. Selbst wenn man den Ausgang dieser Kontroverse für offen hält, bedarf auch Theologie außerhalb des main stream neben steiler Dialektik und unkomplizierter Geradlinigkeit dringend einer intersubjektiven Analyse, deren Fundamentalität die handelnden Subjekte nicht zuletzt in ihrer Binnen- und Außenkommunikation erklärt, wie es der Theologe Dieter Kraft bei anderen Anlaß in einem Leserbrief an die »Weißenseer Blätter« getan hat, wenn er von der »Folge einer Engführung« schreibt, »die immer nur danach fragt, ob sich jemand ›für uns reklamieren läßt‹. Dieses mag ja Charakter haben und auch kleine Zirkel schaffen und unter bestimmten Umständen auch völlig richtig sein, aber nach permanenter Auswahl und Verwertung wird man am Ende womöglich nur noch sich selbst in den Zeugenstand rufen können.« (»Weißenseer Blätter« 3/1997, S.68)

JENS LANGER

Miso Nikolic: ... und dann zogen wir weiter. Lebenslinien einer Romafamilie.
Mit einem Vorwort von Marielle Mehr, DRAVA-Verlag
Klagenfurt/ Celovec 1997

Ein Rom erzählt seinen Lebensweg von 1940 bis in die frühen Sechziger. Das ist ganz und gar in der perspektive des kulturellen Milieus erzählt: keine Verklärung, gelegentlich leichte Prahlerei bei Freude anlässlich von Erfolgen (beim Überleben), auch Trinkerei und Trunksucht, Liebe, Haß und Glück, Wahrsagerei, Aberglaube und Religion, Fleiß und Wenigertum, dazu Diebstahl nicht ausgespart – also das ganze biografische Gemisch aus Banalität, Extremen und den erträglichen Mittellagen dazwischen.

Die Ehre des Vaters von Miso Mikolic zielte darauf, seine neun Kinder die Schule besuchen zu lassen. So konnte der Autor sein Leben niederschreiben auf über 200 Heftseiten,

die mit Großbuchstaben beschrieben sind. Bis es so weit war, bestimmten Wanderschaften, Hunger und Feste, Fluchtwege und lebensbedrohender Rassismus das Leben des Volks Erzählers und Musikanten. Vor der deutschen Wehrmacht wird die Familie durch einen jugoslawischen Monarchisten versteckt, der Vater wird im letzten Augenblick durch »eine Frau in Uniform« aus der Reihe der Zigeuner genommen, vor der das Erschießungskommando der SS angetreten ist. Der Ortsbürgermeister hatte seine Beziehungen für den Pferdehändler, Schausteller und Fabrikarbeiter eingesetzt. Messerschmidtmaschinen flogen so tief über den Viereinhalbjährigen dahin, daß er das Lachen der Besatzung zu hören meinte.

In sogenannten friedlichen Zeiten laufen Kinder hinter dem Planwagen her und singen im Chor: »Zigeuner, Zigeuner, braten Läuse auf der Gabel und essen sie wie Birnen.« Am nächsten Tag spielt der Junge mit den Rängen eines anderen Dorfes Fußball und ist der Star, und er sagt: die Kinder vom Vortag, »warum waren die so ganz anders (...), obwohl sie genauso Kinder waren (...)? Das habe ich nie begreifen können.« –

Aber es gibt auch die andere Seite. So hat sich der Lehrer Herr Adam dem Kind eingepreßt, weil dieser ihn und die Geschwister voller Verständnis und Liebe förderte. Stolz ist er auch auf Mozes Heinschink, der sich in Wien für die Kultur der Roma interessiert und mit dem er sich intensiv unterhält.

Miroslaw Nikolic erzählt einfach und direkt, einfach schön. Wer will, kann aus seinen Episoden auch etwas lernen über die eigene Zigeuner-Furcht oder Zigeuner-Romantik.

JENS LANGER